

Betreff: [attac-privatisierung] ZfK Leitartikel - Die große Umverteilung
Absender: "Rüdiger Heescher" <ruediger.heescher@attac.de>
Empfänger: <stromkonzernkampagne-hintergrund@listen.attac.de>; "grosse Privatisierungsliste" <attac-privatisierung@listen.attac.de>; "Genug für alle AG mailingliste" <genuegfueralle@listen.attac.de>
Kopie-Empfänger: "Bernd Brouns" <bernd.brouns@linksfraktion.de>; "Ursula Schönberger" <ulla.loetzer@bundestag.de>
Datum: 05. Aug 2008 14:40

Hier der Leitartikel der neusten Ausgabe der ZfK

Hier wird eigentlich indirekt deutlich, dass Energieversorgung eine öffentliche Daseinsvorsorge sein muss, wenn man der Argumentation folgt, die sich eher in eine andere Richtung hin orientiert. Stärkstes Argument in diesem Artikel ist vorgeschoben und soll vortäuschen, als wenn auch die Preissteigerung etwas mit dem Klimawandel zu tun habe. Am Markt und Wettbewerb soll nicht gerüttelt werden, obwohl dieser doch gerade niedrigere Preise für Verbraucher verspricht als Allheilmittel. Hier wird nur beschrieben, dass man sich mit höheren Preisen arrangieren muss und die sozialen Kosten die Gemeinschaft tragen sollte und nicht die private Wirtschaft. Wenn das Ziel verfehlt wird, dass also durch das Allheilmittel des Wettbewerbs keine sinkenden Preise mehr zu erwarten sind, dann kann man auch gleich die ganze Energieversorgung mit ihrer ganzen Wertschöpfungskette staatlich in öffentlicher Hand organisieren um dann der Aufgabe als öffentliche Daseinsvorsorge nach Sozialstaatlichem Prinzip gerecht zu werden.

Verkehrte Welt wie hier argumentiert wird.

gruss

Rüdiger

Die aktuelle Ausgabe der ZfK

Leitartikel aus der ZfK 08/08, Seite 1

Die große Umverteilung

Von Jürgen Pott

Schlechte Nachrichten für Verbraucher: Nach jeweils 15 % Preisanstieg für Strom und Gas im Januar werden im August nochmals 35 % zusätzlich beim Gas und 9 % beim Strom fällig. Oder, auch nicht erfreulicher: Nach 8 % Aufschlag im Januar beim Strom und 13 % beim Gas kostet seit 25. Juli Gas 22 % und Strom 17 % mehr. So schockten dieser Tage British Gas und EDF Energy. Auch für Großbritannien mit seinem bisher als musterhaft liberalisiert gerühmten Energiemarkt, der keine Ölpreisbindung kennt, gilt: Die Zeiten billiger Energie sind, auch weil Klimaschutz ernst genommen werden muss, endgültig vorbei. Der Fluch der vernetzten Welt. Niemand kann sich vom Weltmarkt abschotten. Auch Deutschland nicht. Die internationalen Energie- und Rohstoffproduzenten halten die Trumpfkarten. Dass die Preisentwicklung an den Strom-Großhandelsmärkten dabei auch etwas mit den Machtverhältnissen bei der Erzeugung zu tun haben könnte, ist eine naheliegende Vermutung. Kartellrechtlich justiziable Missbrauchsbeispiele fehlen aber unverändert. Die Strom- und Gasverteiler jedenfalls haben keine andere Wahl, als ihre Preise den steigenden Bezugskosten anzupassen. Es geht nicht um Peanuts: An der EEX wird im nächsten Jahr zu liefernder Strom derzeit bis zu 70 % teurer als vor Jahresfrist notiert.

Wer als wohlhabender Verbraucher ohnehin auf der sonnigeren Seite des Lebens steht und sich vielleicht auch leichter tut, etwas vorauszudenken, mag das nicht einmal so schlimm finden; schließlich rentieren sich so Investitionen in Energieeinsparertechnik tendenziell schneller. Und auch für alternative Energiequellen könnten sich die Voraussetzungen verbessern.

Wirklich mies dran ist, wenn es ohnehin am Notwendigsten fehlt. Wenn Energiekosten knappste Budgets sprengen, hilft die Empfehlung, zu sparen und sich anzupassen, nur begrenzt weiter. Und Menschen aus sozialen Randgruppen zum vernünftigeren Umgang mit Energie zu bringen, ist ein mühseliges Geschäft (ZfK 4/08, 3).

Energieversorger im Wettbewerb sind keine Wohlfahrtsämter, ihre Mitarbeiter keine Sozialarbeiter. Ein am Markt agierendes Unternehmen hat alle Kunden gleich und korrekt zu behandeln; es soll ökologisch und sozial verantwortungsvoll agieren, kann aber keine Sozialpolitik betreiben - ganz abgesehen von den vielen praktischen Fragen, die ein zwangssubventionierter „Sozialtarif“ im Zeitalter des Unbundlings aufwirft (ZfK 12/07, 5).

Sozialpolitik ist Angelegenheit aller Bürger, eine öffentliche Aufgabe par excellence. Es ist schon widersinnig, wenn vermeintlich Linke diese Aufgabe EVUs übertragen und sie damit privatisieren wollen. Nein, die Gesellschaft als Ganzes und ihre Institutionen - Parlamente und Verwaltungen - sind gefordert. Nicht, indem sie am Ende der Wertschöpfungskette in die Preisbildung eingreifen, sondern indem sie für faire Marktbedingungen sorgen, die Rahmenbedingungen für effizientere Energiewandlung/-nutzung verbessern und, wenn es darum geht, Armen finanziell zu helfen, Sozialhilfeleistungen sichern. Es ist nicht angenehm. Aber wir alle werden künftig mehr Geld für den möglichst CO₂-armen Treibstoff Energie aufwenden müssen. Jede andere Einschätzung wäre trügerisch. Ökologie und Ökonomie drängen deshalb in eine Richtung: Mehr Effizienz bei Umwandlung und Anwendung; das nützt dem Portemonnaie und der Umwelt. Die Prognose ist deshalb einfach: Die Zukunft gehört Energiedienstleistungsunternehmen, die dem Bürger und der Industrie hier dienen wollen. Wunder werden auch sie nicht vollbringen können.

Rüdiger Heescher
Wilhelmstr.120a
10963 Berlin
Mobil: 0151-54757564
email: heescher@attac.de
Videofon über ichtat: ruedigerheescher@jabber.org
Skype: ruediger_heescher

Postfach 1202
D-49549 Ladbergen

"Sich selbst zu verändern, glaubwürdig zu werden, Menschen zu überzeugen und den verschiedenen Formen von Ausbeutung und Terror entgegenzuwirken, das mag in manchen Augenblicken ungeheuer schwer erscheinen, und dennoch gibt es keine Alternative."
Rudi Dutschke

JPBerlin - Mailbox und Politischer Provider
Attac-privatisierung Mailingliste - Eine Mailingliste im Rahmen von Attac

Attac-privatisierung@listi.jpberlin.de
Zu Optionen und zum Austragen:
<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/attac-privatisierung>

Eine andere Welt braucht Unterstützung:
Bei unseren Kampagnen (www.attac.de) mit Spenden
(<https://www.attac.de/spenden.php>)
oder durch Mitgliedschaft
(<https://www.attac.de/mitglied.php>)